

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 12 (1992)  
**Heft:** 23

**Buchbesprechung:** Marginalien ; Rezensionen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Von der "souffrance sociale" reden

**Eine unwissenschaftliche Anmerkung zur besonderen Aktualität von Pierre Bourdieus neuen Publikationen.**

Der Titel von Heft 90 der "Actes de la recherche en sciences sociales" vom Dezember 1991 heisst schlicht "la souffrance". Der Herausgeber der Zeitschrift ist der französische Soziologe Pierre Bourdieu. In einem "Blick in französische Zeitschriften" der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (25.1.92) unter dem Titel "Kultur- und Klassenkampf im Sozialstaat" wundert sich der Rezensent mit Bezug auf das erwähnte Heft und auf ein Interview mit Bourdieu in "Le Monde" (14.1.1992), dass hier ein Wissenschaftler vom Rang Bourdieus "geradezu rührend" den französischen Staat an seine sozialen Aufgaben erinnere, und fährt fort: "Sein unerschütterlicher Glaube an den Wohlfahrtsstaat ist von befremdlicher Naivität". Schliesslich lässt er, noch bevor er Bourdieu darüber aufklärt, dass die ganze Misere mit und in dem zerfallenden Sozialstaat auf die immer über-risseneren Ansprüche der Bedürftigen zurückzuführen sei, die einigermaßen dunkle Bemerkung fallen: "doch seine [Bourdieu's] politische Analyse entspricht seiner materialistischen Soziologie". Das also auch noch! Nicht nur immer noch naiv, sondern immer auch noch "materialistisch"!

\*

Ich bin der Ansicht, dass auch ein soziologischer Laie wie ich, in Bourdieus über zwanzig Bänden umfassendem Oeuvre mehr auch über Frankreich, über die "Felder", in denen sich die verschiedenen "Kapitale", ökonomisch, bildungsmässig, machthabend und symbolsetzend, gesellschaftlich organisieren, erfahre als bei einem FAZ-Blick dorthin. Immerhin mag letzterer ein

Hinweis darauf sein, was einer um sich greifenden Meinung nach aus intellektuellem Diskurs endlich entfernt, gleichsam 'ent-regelt' werden müsste. Aber Bourdieus (und seiner Schule) neueste Enquêtes verbeissen sich ausgerechnet in das kruziale Auseinandergehen dessen, was er mit der "linken" und der "rechten Hand des Staates" bezeichnet: die Hand, die ausgibt im Sozialen, und die andere Hand, die "nicht weiss, oder noch schlimmer, nicht mehr wirklich wissen will, was die linke Hand tut". Da entstehen dann "Menschen", die "wie durchdrungen sind von den Widersprüchen der sozialen Welt, und diese in der Form des persönlichen Dramas erleben müssen". Das sind sowohl die eigentlichen Opfer an den Rändern nicht nur der grossen Städte als auch die, die diese Opfer zu verwalten haben, die Sozialarbeiter, immer häufiger auch Lehrer, Erzieher, Behördemitglieder. Bourdieu sieht dabei immer deutlicher eine Revolte der "kleinen noblesse des Staates" gegen die "grande noblesse d'État" heraufziehen.

\*

Es war Jean Baudrillard gewesen, der schon vor bald zwanzig Jahren die Vermutung zu haben begann, das Soziale überhaupt entfalle mit der Zeit ganz. Anstelle von (verändernden) Revolten oder gar Revolutionen seien nur noch "Implosionen" an den schwachen Rändern zu erwarten. In der Zwischenzeit ergreift sich Baudrillard hauptsächlich in "cool memories" (so der Titel von tagebuchartigen Aufzeichnungen) oder beschäftigt sich mit der intellektuell sicher sehr aufregenden Frage, ob der Golfkrieg stattfinden werde, stattdessen,

stattgefunden habe – oder ob alles nur noch die mediale Simulation von etwas (oder nichts) gewesen sei. In derselben Zwischenzeit allerdings haben sich zum Beispiel in Frankreich unter einer zehnjährigen sozialistischen Regierung die Verhältnisse dahin entwickelt, dass ein Le Pen sich anschickt, die sowohl zu grossen als auch zu kleinen Kosten einer wirtschaftlichen Deregulierung plus eines einigermaßen noch nachgezogenen sozialen Netzes auf seine (Wahl-)Konten umzubuchen! Etwas spät (wie überall) scheint sich allerdings auch in Frankreich eine Linke politisch darauf besinnen zu wollen, dass sie erst wieder neu definieren müsste, was „links“ denn heissen sollte. Vielleicht ist es zu fahrlässig, schon auf neue Karten zu setzen, auf Chevènement etwa, der immerhin als französischer Verteidigungsminister zur Vernunft kam angesichts des Golfkriegs, mit dem er nicht in eine „schöne Neue Weltordnung“ miteinfahren wollte; auch gegen eine supra- oder vielleicht nur hypernationale Festung Europa scheint er einige Bedenken zu haben. Aber vielleicht gehört das alles zusammen nur zu dem, was Bourdieu mit „Sloganisation“ bezeichnet, die sich via Medien immer mehr auch „im intellektuellen Leben ausbreitet“.

\*

Aus Bourdieus Denken lassen sich nur schwer Slogans ableiten; die reflexive Begründung der Soziologie, seine Soziologie der Soziologie, die integrierend zu dem gehört, was er „Socioanalyse“ nennt, ist theoretisch zu konsistent, das durchgearbeitete ‚Material‘ inhaltlich zu dicht, die Begrifflichkeit zu genau. Trotzdem hat Bourdieu immer wieder, ohne zu Abstrichen am wissenschaftlichen Niveau seines Diskurses im leisesten bereit zu sein, direkt in politische Debatten eingegriffen. Es fällt mir auf, dass Bourdieu seit einiger Zeit häufiger aus dem akademischen Gebäude heraustritt, aus dem „Feld“, das er als sein eigenes immer radikaler bis zum „Homo academicus“ soziolo-

gisch analysiert hat. Ohne sich dem medialen Rummel zu 'übergeben', hat er sich spätestens seit dem Buch „Choses dites“ (1987) in der Textsorte des grossen Interviews mit ihm exponiert.

Der Titel seines letzten Buches heisst „Réponses“, „Antworten“ (1992); der erste Hauptteil ist ebenfalls ein umfassendes Interview, das Loïc J.D. Wacquant mit ihm gemacht hat; und spätestens hier sollte klar sein, was Bourdieu exponiert: nichts anderes als seinen *Begriff* der Soziologie. Das heisst, Bourdieu praktiziert in einem Buch wie „Réponses“ *Öffentlichkeit*, exponiert aus einer ‚Innenwelt‘ der Forschung und der sie permanent begleitenden erkenntnistheoretischen und methodischen Reflexion die *Position* des Wissenschaftlers in der aktuellen Welt. Das ist an sich schon politisch in einer Situation, in der man sich vor allem an der vertauschbaren Beliebigkeit von intellektuellen Diskursen zu delectieren scheint, – um sich dann allenfalls mit Slogans zu bewerben. Bourdieu übertitelt denn auch einen Abschnitt der „Réponses“ (denen ein Seminar in Chicago zugrunde liegt, in dem er einer Theorie-blinden Empirie ein „schlechtes Gewissen“ vermitteln will) mit „Pour une Realpolitik de la raison“!

Aber Bourdieu geht offenbar gerade jetzt wieder einmal einen Schritt weiter. „In der Enquete, die wir über das soziale Leiden führen“, (Interview in Le Monde) wird die Bourdieusche Theorie der „objectivation“ (die nicht nur die „Objekte“ der Forschung „sozioanalysiert“, sondern ebenso sehr und ebenso streng ihr „Subjekt“) realisiert am ‚realen‘ „Leiden“ einer Gesellschaft an ihren Rändern – dort, wo ein Baudrillard und andere nur noch mehr oder weniger apokalyptisch ihre „Impllosionen“ registrieren unter dem resignativen Motto, da kann man nix machen als allenfalls hinschauen, wenn man sich nicht gleich lieber mit den „Simulacren“ beschäftigt. Da ist es ja dann auch nicht mehr relevant, was und ob was stattfindet (siehe Baudrillard und der Golfkrieg). Wer es wagt, die „souffrance“ auszusprechen, ist bei dem, was

sein würde und ohne Zweifel auch so denken würde.“ Da scheint mir aktivwissenschaftliche *Solidarität* präzise, ohne Abstriche und ohne Anbiederung öffentlich formuliert zu sein!

\*

Ich möchte als Nachbemerkung zu dieser Glosse noch ein Vermutung äußern. Sie betrifft die Geschichtlichkeit von Bourdieus Position. Mir fiel damals auf, wie nervös und auch einigermaßen schnodderig Derrida in der Auseinandersetzung um Bourdieus „L'Ontologie politique de Martin Heidegger“ versuchte, seine Theorie der „objectivation“ 'philosophisch' vom Tisch zu wischen. Bourdieu hatte damals als einer der ersten in die Debatte eingegriffen, wie es denn zu Heideggers Nähe zum Nationalsozialismus hatte kommen können. Bourdieus präzise soziologische Analyse des Feldes, aus dem Heidegger stammte, und desjenigen, in das er gleichsam einbrach, ist spätestens seit den biographischen Forschungen von Hugo Ott voll bestätigt worden. Ich habe darüber in dieser Zeitschrift (Heft 18) referieren können, und der Fall Heidegger steht hier nicht zur Debatte. Ich erinnere daran, weil Bourdieus Auseinandersetzung mit Heidegger zeigt, dass dieser Wissenschaftler sich immer wieder nicht enthält, in Auseinandersetzungen einzugreifen, gerade wenn sie politisch brisant werden - und dies meistens ziemlich zeitig. Mir scheint, das 'gelingt' ihm gerade deshalb, weil, trotz der strengen „Strukturalität“ seines soziologischen Ansatzes, in seiner Theorie der „champs“ die Geschichtlichkeit der „choses“ und ihrer „ordres“ weder in ein zeitlos Gültiges noch in eine Anhäufung von blosser Empirie ausgeblendet wird. Bourdieus wissenschaftliche Verfahren der Sozialanalyse hebt sich sehr ab gegen alle resignativen Unverbindlichkeiten einer raunend beschworenen *Posthistoire à la Baudrillard* und lässt sich selbst Eingriffe ins Politische offen, wenn sie aktuell und nötig sind. Ist es das, woran man

stattfindet. Wenn man etwa Bourdieus Interview mit Ali und François in irgendeiner Banlieue liest, erfährt man präzise, unausweichlich, was *real* stattfindet durch einen einmal im Gespräch fallenden Satz hindurch: „On sait pas où aller“; und das ist dann der „ordre des choses“, eine Formulierung, die ebenfalls im präzisen auf der Sprachebene der „Objekte“ geführten Gespräch 'anfällt' (siehe „Actes“).

Man kann natürlich mehr oder weniger zynisch fragen, *à quoi bon?*, was soll es, diese „strukturellen Opfer“ zu analysieren, die mit Hilfe des Soziologen, der als „Hebamme agiert“, sagen, „was die Institution (der Staat, die Schule etc.) als Fremdkörper, das heisst als Widersprüche, als Unzusammenhängendes, als nicht gelöste Konflikte, als Zweideutigkeiten, in ihnen deponiert hat“? Darüber, über das „à quoi bon“ und damit, so scheint mir, über die politischen Implikationen wissenschaftlicher Arbeit, allerdings gibt Bourdieu in der Einleitung zum Heft, der er den Titel „introduction à la socioanalyse“ gibt, sehr genau Auskunft: „Indem wir diese Gespräche publizieren, wollen wir vor allem das Wort geben, und zwar als *öffentliche Schriftsteller* und nicht als Sprecher, Sprache geben den Personen, über die für gewöhnlich eher gesprochen wird, als dass sie selbst sprechen.“ Er macht im weiteren sehr deutlich, wie sehr das als politischer Eingriff verstanden wird in die laufenden Verhältnisse, die sich in der „souffrance sociale“ zeigen. Und er lässt dabei den Forscher nicht aus dem Spiel; explizit definiert er sich sowohl als „Subjekt“ des Forschungsunternehmens als auch als politisches Subjekt: „Nach dem Mass, in dem er (der Soziologe) fähig ist, sich selbst zu objektivieren, kann er, ohne dass er den Platz verlässt, den ihm die soziale Welt unerbittlich zugeschrieben hat, sich in seinem Denken an den Ort versetzen, wo sein Objekt gesetzt ist – und kann dessen Standpunkt einnehmen, das heisst, er kann verstehen, dass, wäre er, wie man so sagt, an dessen Platz, er wie er oder sie



sich in der FAZ auch stört, wenn man seine Soziologie als "materialistische" denunziert? Gewiss nicht. Denunziert wird vielmehr, dass Bourdieu es immer

noch wagt, als Denker *und* in der Praxis das, was ist, "la souffrance sociale", *politisch* beim Namen zu nennen.

Manfred Züfle

### Literaturhinweise

Bezug genommen wurde im Text auf Äusserungen und Schriften von Pierre Bourdieu:

Homo academicus. Minuit, Paris, 1984.

Choses dites. Paris, 1987.

L'Ontologie politique de Martin Heidegger. Paris, 1988. (Deutsche Neuauflage, Suhrkamp, Frankfurt, 1988.)

La Noblesse d'État. Grandes écoles et esprit de corps. Paris. 1989.

La souffrance. In: Actes de la recherche en sciences sociales. Heft Nr. 90, Dezember, Paris, 1991.

Réponses. Pour une anthropologie réflexive. Bibliographies. Seuil, Paris, 1992.

Interview in Le Monde v. 14.1.92: "Il n'y a pas de démocratie effective sans vrai contre-pouvoir critique".

Die Intellektuellen und die Macht. Herausg. v. Irene Dölling. VSA, Hamburg, 1991.

## 'Underclass', Armut und Rassismus

Die Rassenunruhen vom ersten Maiwochenende in Los Angeles und anderen amerikanischen Städten haben einen Begriff in die aktuelle politische Debatte zurückgebracht, der im angelsächsischen Raum seit einem Jahrzehnt immer wieder in der sozialwissenschaftlichen Diskussion auftaucht: 'underclass'. Auf deutsch mit 'Unterklasse' nur unzulänglich wiedergegeben, sind damit jene untersten sozialen Schichten gemeint, die in der 'Zweidrittelgesellschaft' massiv verarmten und jeglicher Möglichkeit zur sozialen Besserstellung sowie politischer Mitwirkung beraubt worden sind.

In der angelsächsischen Diskussion ist der Begriff "*underclass*" mit der thatcheristischen und reaganistischen "*Revolution*" des Neoliberalismus aufgetaucht. Der "Thatcherismus" (St. Hall) hat den Sozialpakt der Nachkriegszeit aufgekündigt und eine hohe Sockelarbeitslosigkeit nicht bloss akzeptiert, sondern die davon Betroffenen auch zunehmend sozial marginalisiert. Noch vor der wissenschaftlichen Diskussion erfolgte freilich die journalistische Aufarbeitung, beispielsweise durch Artikel

von *Beatrix Campbell*, die im direkten Anschluss an Reportagen von Georges Orwell aus den dreissiger Jahren in den ersten Jahren der Thatcher-"Revolution" die neuen Verelendeten aufsuchte (Campbell 1984).

In der deutschen Presse hat vor allem *Ralf Dahrendorf* den Terminus "Unterklasse" in die Debatte eingeführt, so in einer Serie über "Englische Krankheiten" ("... und immer schwelt die Gewalt. In den Slums sammelt sich ein neues Lumpenproletariat". DIE ZEIT, 21.6.85; soziologische Erörterungen dazu waren von ihm vorher schon zu lesen unter dem Titel: "Die neue Unterklasse. Warum hohe Arbeitslosigkeit keine Revolution bewirkt", 27.1.84; weiteres zur Debatte in Dahrendorf 1992).

Kohärent gemacht und weiter verbreitet hat den Begriff "underclass" dann der Sozialwissenschaftler und Labourabgeordnete *Frank Field* (1989). In seinem Buch nennt er drei Gruppen, aus denen sich die "underclass" zunehmend rekrutiert: Langzeitarbeitslose; ledige Mütter; Rentenberechtigten, insbesondere alleinstehende Frauen. Aus-

föhrlich und differenziert analysiert er die Kräfte, welche diese "Unterklasse" in ihrer subalternen Position halten; Arbeitslosigkeit und ihre gesellschaftliche Akzeptanz; die Anforderung sozialer Mobilität; die Spaltung des Arbeitsmarktes vor allem durch Teilzeitarbeit; eine Sozialpolitik, welche den Zugang zu den Sozialleistungen erschwert; eine Vermögenspolitik, die Wohlstand auf die Mittelklassen umzuwälzen sucht; der grundsätzliche Abbau des Sozialstaates.

Field verwendet den Begriff "Unterklasse" sozialwissenschaftlich zurückhaltend, politisch aber entschieden polemisch. Deshalb wohl sind seine Analysen auf Kritik auch in der sozialwissenschaftlichen Zunft gestossen. So meint etwa *Hartley Dean*, "der Begriff definiert nicht in sinnvoller Weise ein reales Phänomen, aber er berührt unvermeidlich reale und wichtige Fragen im Zusammenhang mit Arbeit, Familie und bürgerlichen Rechten. Soziale Kommentatoren und Politiker würden gut daran tun, den Begriff zu vermeiden, doch sie müssen die entsprechenden Probleme anpacken." (Dean 1991, 39). Aber vielleicht ist gerade die Ablehnung eines solchen Begriffs auch schon die Verdrängung, ein Problem wahrzunehmen.

Die Fakten selbst zur sozialen Lage in Grossbritannien sind mehr oder weniger unbestritten. Schon 1990, noch vor Beginn der gegenwärtigen Rezession, zog die Child Poverty Action Group in einer Studie das Fazit: "Armut wuchs in Grossbritannien zwischen 1975 und 1985 rascher als in allen anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft". (*Oppenheim* 1990). Die konservative Regierung, welche schon die Arbeitslosenzahlen durch Retouchen an der statistischen Erhebungsmethode künstlich um mindestens eine halbe Million drückte, hat zuerst versucht, diese Feststellungen zu leugnen. Inzwischen muss sie aber zugestehen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den 13 Jahren ihrer Regierungszeit vergrössert hat. Nach der EG-

Definition von Armut (als arm gelten demnach jene Menschen, die über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen nationalen Einkommens verfügen können), hat die Zahl armer Menschen in Grossbritannien von 4,9 Million 1979 auf 11,8 Millionen 1988 zugenommen (*McKie*, 1992, 134). Eine Studie, die Armut allgemeiner definiert als "Situation, in der Leute leben müssen ohne Dinge, welche von der Gesellschaft als notwendig betrachtet werden", kommt zu ähnlichen Zahlen (*Mack/Lansley* 1992). Zwar ist das Realeinkommen der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung in diesem Zeitraum minim gewachsen; selbst liberale Beobachter retten sich deshalb zuweilen in den Begriff "relative Armut". Doch genau darauf macht "underclass" aufmerksam: Dass innerhalb dieser 10 Prozent der unteren sozialen Schichten nochmals eine Verschärfung und Teilung stattgefunden hat, mit einer weiteren Million Arbeitsloser in den letzten 2 Jahren, massiver Verschuldung, zunehmendem Verlust an Wohnraum (durch die sogenannten reposessions) und wachsender Obdachlosigkeit. Neuere Zahlen enthalten die jüngsten Veröffentlichungen der Child Poverty Action Group (*Becker* 1991, *Cohen* 1992), wobei *Cohen* zeigt, dass die angeblichen Verbesserungen des Sozialsystems von 1988 real zu einer Verschlechterung geführt haben und auch Betroffene ausführlich zu Wort kommen lässt. Gleiches gilt für die eindrücklichen Fallreportagen aus London, Glasgow und Belfast (*Wilson & Wylie* 1992). Die grundsätzlichen Debatten um den britischen Wohlfahrtsstaat fasst ein Sammelband zusammen (*Loney* 1991); mittlerweile liegt auch eine umfassendere, wiewohl zuweilen soziologisch verklauulierte Studie über die Konsequenzen des Thatcherismus in allen gesellschaftlichen Bereichen Grossbritanniens vor (*Edgell & Duke* 1991).

Premierminister John Major, der den Konservativen anfangs April entgegen allen Erwartungen den vierten Wahlsieg in Folge sicherte, distanziert sich

zwar rhetorisch von seiner radikalen Vorgängerin Margaret Thatcher und verkündet als Ziel eines sozial wieder etwas entschiedeneren Liberalismus die "klassenlose Gesellschaft". Das Mittel zu deren Realisierung ebenso wie ihr Zweck bleibt die "choice", die freie Wahlmöglichkeit zum sozialen Aufstieg (wie zum selbstverschuldeten Abstieg). Eine solche Konzeption schliesst freilich eine wesentliche Änderung der Sozialpolitik aus. Diese hat im Wahlkampf denn auch kaum eine Rolle gespielt; sozialpolitische Massnahmen wurden, von geringen Rentenanpassungen abgesehen, auch im Manifest der Labour Party nicht erwähnt, und selbst die weiterhin steigende Arbeitslosigkeit wurde nicht sehr hartnäckig zum Thema gemacht. Die sich äusserst zurückhaltend und gemässigt gebende Labour Party hat die Parlamentswahlen dennoch verloren, weil sie auf zwei verschiedenen Seiten potentielle Anhänger einbüsste. Einerseits bröckelte die Unterstützung durch die traditionellen Stammwählerinnen und -wähler gerade wegen des lauwarmen Engagements in sozialen Fragen ab.

Hinzu kommt, dass weite Teile der 'underclass' gar nicht mehr wählen gingen, weil sie sich aus Opposition gegen die verhasste "poll tax", die unsoziale Gemeindesteuer, nicht im Stimmregister eintragen lassen wollten oder sich als Obdachlose nicht mehr eintragen konnten; so 'verschwand' gegenüber 1987 rund eine Million Wählerinnen und Wähler. Andererseits akzeptieren mittlerweile immer mehr sozial aufgestiegene Facharbeiter das Konzept der Zweidrittelgesellschaft, selbst wenn diese einen als 'naturwüchsig' hingegenommenen Zyklus von Aufschwung und Rezession einschliesst, der auch "white collar workers" in Rezessionen persönlich arbeitslos machen kann; dieses Gesellschaftskonzept als Risikospiegel glauben sie, bei aller Detailkritik, von den Konservativen insgesamt besser verwaltet als von der Labour Party. Der Erfolg der bloss im Erscheinungsbild gemässigten Konservativen und die weitgehende Lähmung der Opposition

- lassen jedenfalls wenig Hoffnung, dass die Probleme der 'underclass' in nächster Zeit in Grossbritannien zu einem sozialpolitischen Thema werden könnten.

Die amerikanische Debatte um Armut und "underclass" wird referiert bei *Christopher Jencks*. In seinem Buch stellt er die bisherigen Diskussionsbeiträge vor, kritisiert ausführlich konservative Ansätze und handelt dann detailliert die wichtigsten Kriterien ab, nach denen sich die "underclass" in den USA empirisch-analytisch fassen liesse. Jencks verwendet den Begriff zwar selbst, hält ihn aber für problematisch, weil "die einzelnen Kriterien selten so stark miteinander verknüpft sind, wie Klassenkriterien vermuten liessen." (Jencks 1992, 202). So verwundert es nicht, dass sein engagiertes Plädoyer für eine stärkere Berücksichtigung der Armutsproblematik schliesslich in den pragmatischen Vorschlag mündet, sich ganz konkret einzelnen Problemen anzunehmen und den umfassenden sozialpolitischen Anspruch fallenzulassen.

Die Rassenunruhen von Los Angeles haben, wie gesagt, den Begriff 'underclass' nun freilich schlagartig aus soziologischen Abhandlungen in den normalen politischen Diskurs katapultiert; Kommentatoren in den USA wie in Grossbritannien verwenden ihn gegenwärtig ganz selbstverständlich. Dabei verknüpft er sich in den USA entschieden mit der Rassenfrage. Die 'underclass' wird für die USA als fast ausschliesslich schwarz beschrieben. Tatsächlich sind die längst bekannten, aber jetzt wieder einmal schockartig in die Schlagzeilen gehobenen Zahlen erdrückend: Die Arbeitslosigkeit von Schwarzen ist doppelt so hoch wie die von Weissen; etwa ein Drittel der schwarzen Familien und 45 Prozent der Kinder leben unter der Armutsgrenze; gegenwärtig befinden sich mehr schwarze Jugendliche im Gefängnis oder auf Bewährung denn in Colleges; seit 1960 hat sich die Selbstmordrate unter Schwarzen verdreifacht, und seit 1984 sinkt ihre Lebenserwartung. Die umstandslose Identifikation der



'underclass' als einem Problem der Schwarzen hat aber auch ihre Gefahren. Sie droht nämlich eine differenziertere Analyse ökonomischer, sozialer und politischer Unterdrückung in ein einziges Kriterium zu komprimieren. Nicht nur wird dadurch die Verelendung auch weisser und andersfarbiger Bevölkerungsschichten unterschlagen, die trotz aller im Kontrast zu den Schwarzen gegenwärtig verbreiteten Erfolgsgeschichten asiatischer Einwanderer ebenfalls stattfindet. Gleichzeitig wird die Argumentationskette weiter vereinfacht: 'underclass' = Problem der Schwarzen = Ausdruck zerstörter Familienstrukturen.

Dieses Verfahren ist vor allem vom US-Politologen *Andrew Hacker* in einem neuen Buch mit Nachdruck vorgeführt worden (Hacker 1992). Tatsächlich werden gegenwärtig rund zwei Drittel aller schwarzen Kinder von unverheirateten Müttern zur Welt gebracht; und in 56 Prozent aller Familien liegt die Verantwortung bei alleinerziehenden Müttern. Ebenso stimmt es, dass beispielsweise asiatische Einwanderer auf dem Hintergrund intakter Familienstrukturen sich *im Durchschnitt* erfolgreicher in die US-Gesellschaft integrierten. Die Zerstörung der Familienstrukturen von US-Schwarzen hat aber wiederum historische, insbesondere auch ökonomische Ursachen. Gegen eine monokausale Verknüpfung ist deshalb an einer Mehrfachdeterminierung der Unterdrückung festzuhalten.

Vorausgesehen hat die aktuellen Unruhen der prominente Ökonom *John Kenneth Galbraith*. Galbraith analysiert die amerikanische (und englische) Gesellschaft und stellt fest, dass sich in den achtziger Jahren ein neues politisches System, eine "culture of contentment" stabilisiert hat (Galbraith 1992). Jene knappe Mehrheit der Bevölkerung, die von den materiellen Fortschritten der "gemischten kapitalistischen Ökonomie" profitiert hat, zeigt sich jetzt radikal zufrieden und selbstbezogen und schliesst jedes weitere soziale Engagement des Staates als blosse

Verschwendung aus. Angesichts der eingeschränkten materiellen Möglichkeiten der gesamten Gesellschaft ist die 'underclass' gleichzeitig nicht länger Sprungbrett zum sozialen Aufstieg, sondern hoffnungslose Endstation, wobei sie mit "Einverständnis" der Mehrheit zusätzlich von den politischen Mitwirkungsrechten ausgeschlossen wird. Das Buch von Galbraith ist kurz vor den englischen Parlamentswahlen erschienen; und er hat den unerwarteten Wahlerfolg der Konservativen nicht zu Unrecht als Beleg für seine Thesen verbuchen können. Galbraith folgert, dass sich die sozial und politisch Depravierten gegenüber dem herrschenden Block von Arroganz und Abwehr nur noch mit "vor-demokratischen" Protestformen Gehör verschaffen können, das heisst weder durch organisierte Aktionen wie etwa Streiks der Gewerkschaften noch durch Akte zivilen Ungehorsams wie der Bürgerrechtsbewegung, sondern einzig durch "gewalttätige Unruhen".

Galbraith selbst fällt seiner präzisen Analyse zuweilen mit einer kulturpessimistischen Tendenz in den Rücken, die die zerfallende soziale Struktur in den Schwarzen ghettos als "Einverständnis" in die eigene Unterwerfung den Schwarzen selbst anlastet. Solche Ambivalenz wird bei einigen Kommentatoren politisch zum Gegenteil von Galbraiths sozialer Bewusstheit vereinseitigt: Nicht mehr der gesellschaftliche Rassismus ist dann das Problem, sondern im Gegenteil der 'Liberalismus' der weissen Intellektuellen, die den Schwarzen zwei Jahrzehnte lang eingeredet hätten, nicht sie selbst seien schuld, sondern das System sei Ursache ihrer Misere. Der US-Soziologe *Charles Murray* beispielsweise schliesst seine Analyse ziemlich unverhüllt damit, eine weisse Mehrheit "akzeptiere künftig nicht länger, dass die Weissen für die Probleme der Schwarzen verantwortlich sind" (Murray 1992, 2.1).

Stefan Howald



## Literatur:

- Becker, Saul (ed.), 1991: Windows of Opportunity, Public Policy and the Poor.* Child Poverty Action Group, London
- Campbell, Beatrix, 1984: Wigan Pier Revisited.* London
- Cohen, Ruth et al. (ed.); 1992: Hardship Britain. Being poor in the 1990s.* Child Poverty Action Group, London.
- Dahrendorf, Ralf, 1992: Der moderne soziale Konflikt.* Frankfurt.
- Dean, Hartley, 1991:: In search of the underclass.* In: P. Brown & R. Scase (ed.): *Poor Work. Disadvantage and the division of Labour.* Bristol,
- Edgell, Stephen & Duke, Vic, 1991: A Measure of Thatcherism. A Sociology of Britain.* London.
- Field, Frank, 1989: Losing Out. The Emergence of Britain's Underclass.* Oxford.
- Galbraith, John Kenneth, 1992: The Culture of Contentment.* New York.
- Hacker, Andrew, 1992: Two Nations.* New York.
- Jencks, Christopher, 1992: Rethinking Social Policy. Race, Poverty and the Underclass.* Cambridge/Mass.
- Loney, M. et al (ed), 1991: The State or the Market. Politics and Welfare in Contemporary Britain, second edition.* London.
- Mack, J. & Lansley, S., 1992: Breadline Britain in the 1990s.* London.
- McKie, David (ed.), 1992: The Election. A Voters Guide.* London.
- Murray, Charles, 1992: Underclass - from liberal guilt to awkward questions.* In: *Sunday Times*, London, p. 2.1. - 2.6.
- Oppenheim, Carl (ed.), 1990: Poverty, the facts.* Child Poverty Action Group . London.
- Wilson, Robert & Wylie, Donovan, 1992: The Dispossessed.* London.

## Armut in der Schweiz. Zum Stand der Forschung.

Kein Zweifel – das Thema "Armut" hat Konjunktur. Motionen und Postulate in kantonalen und kommunalen Parlamenten ermöglichten breit angelegte empirische Studien, und das wiederum löste ein wachsendes Interesse von Forscherinnen und Forschern am brisanten Thema aus. Und es wächst der Bestand an einschlägiger Literatur. Die im folgenden besprochenen rund zwei Dutzend Beiträge bilden nur eine Auswahl der in den letzten Jahren erschienenen Bücher, Broschüren und Artikel(1). Vieles ist schwer greifbar, "graue Literatur", und manches wird gar nicht gedruckt oder erscheint in kostspieligen Fachpublikationen. Die Veröffentlichung mehrerer grosser Untersuchungen über Armut steht unmittelbar bevor (Zürich, Winterthur, Bern), und eine gesamtschweizerische Studie - eines

der umfangreichsten je vom Nationalfonds finanzierten sozialwissenschaftlichen Projekte – hat vor wenigen Monaten angefangen und wird kaum vor 1994 beendet sein. Eine Übersicht kann deshalb im heutigen Zeitpunkt nur vorläufigen Charakter haben und muss sich darauf beschränken, wichtige globale Befunde und Trends aufzuzeigen; die Synthese des mittlerweile vorliegenden Materials wäre eine eigenständige Forschungsaufgabe(2).

Themenkonjunkturen fallen nicht vom Himmel. Selbstverständlich steckt auch hinter dem Aufschwung der Diskussion um Armut ein Realprozess. Noch anfangs der achtziger Jahre hat man Armut hierzulande vor allem als Problem von Berg- und Randgebieten sowie der ImmigrantInnen wahrgenommen. Erst nach und nach wurde die in der Bundes-

republik Deutschland von konservativen, sozialpolitisch engagierten Kreisen lancierte Debatte um "Neue Armut" (H. Geissler, Die Neue Soziale Frage, 1976) aufgegriffen. Ins öffentliche Bewusstsein hierzulande drang sie mit der Publikation der Studien von Buhmann (1988), Enderle (1987) und Marazzi (1986). Dabei stand zunächst unter anderem die Frage im Vordergrund, was denn das "Neue" an der Armut sei. Denn diese Untersuchungen zeigten deutlich, dass unabhängig von der Konjunkturlage auch in jüngerer Vergangenheit stets ein Teil der Bevölkerung in ökonomisch prekären Verhältnissen lebte: Enderle berechnete fürs Jahr 1976 6.6% Arme, Buhmann für 1982 9.3% (jeweils gesamtschweizerisch) und Marazzi (für den Kanton Tessin Anfang der achtziger Jahre) 15.7%. Die Diskussionen Ende der achtziger Jahre (zusammenfassend dazu Buhmann u.a. 1989, sowie *Diskussion* 1988, *Pro Juventute* 1987 und der Tagungsbericht SAH/SABZ 1987) erbrachten einen Konsens darüber, dass das Neue weniger in der Armut selber liegt, sondern in der Zusammensetzung der sozialen Gruppen, die sie trifft, und in der Ausgestaltung der Institutionen, die sich mit diesen Gruppen beschäftigen. Die meisten neueren Veröffentlichungen sprechen deshalb richtigerweise von "Armut" in einem umfassenden Sinne.

Generell lassen sich die bisherigen Erkenntnisse der schweizerischen Armutsforschung verhältnismässig einfach zusammenfassen, denn sie stimmen im grossen ganzen weitgehend überein:

- Auf der Ebene der Begriffsbestimmung wird von "relativer Armut" gesprochen. Die Definition von Armut bezieht sich demnach nicht auf ein absolutes Mass (z.B. das physische Überlebensminimum, die "absolute Armut"), sondern sie berücksichtigt den im gegebenen schweizerischen Kontext erreichten durchschnittlichen Lebensstandard. Armut in der Schweiz von heute, dies die implizite Überlegung, kann nicht am Niveau eines Entwick-

lungslandes gemessen werden; der Vergleichsmassstab muss vielmehr an hiesige Verhältnisse angepasst sein.

- Es gibt einen aufweisbaren Teil der Bevölkerung, der mit stark eingeschränkten materiellen Mitteln zu leben gezwungen ist. Vieles deutet darauf hin, dass dieser Teil *im Zunehmen* begriffen ist. Die Schätzungen und Berechnungen über seine Grösse gehen im einzelnen je nach regionalem Kontext und nach gewählter Methode auseinander; es dürfte sich aber um *10% bis 20% der Wohnbevölkerung* handeln, das heisst zwischen 600'000 bis 1'200'000 Personen.

- Die *sozialen Charakteristika* von Personen mit einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko sind konkret umschreibbar: Leute, die von einer Rente leben (vor allem Alters- oder Invalidenrente), chronisch Kranke, Behinderte, Personen ohne gesicherten Wohnsitz und/oder gesicherten Arbeitsplatz, Suchtmittelabhängige (vor allem Alkohol, Medikamente, Drogen), beruflich schlecht oder gar nicht Qualifizierte, Alleinerziehende (vorwiegend Frauen) AusländerInnen und generell alle, deren Lebensumstände aus welchen Gründen auch immer in irgendeiner Hinsicht von der Norm der Sozialgesetzlichkeit oder Alltagsbewältigung in der Schweiz abweichen.

- Trotz des im historischen Vergleich hohen Ausbaustandes des Sozialwesens sind die *Institutionen* (Sozialversicherungssystem, öffentliche, kirchliche und private Sozialhilfe, in einem weiteren Sinne auch Gesundheitswesen und Wirtschaft) nicht oder ungenügend darauf vorbereitet und dafür eingerichtet, auf abweichende Lebensprozesse adäquat zu reagieren. Viel zu starr ist ihre Koppelung an eine Normalbiographie (Kindheit, Ausbildung, Familie mit einem Ernährer, einer Hauswirtschafterin und 1-3 Nachkommen, Ruhestand), die in dieser Form nurmehr für einen beschränkten Teil der Bevölkerung gilt.

Die zitierte Literatur enthält reichhaltiges Illustrationsmaterial zu diesen Befunden. Was jedoch auffällt, ist ihr

stark deskriptiver Charakter. Theoretische Überlegungen zu den strukturellen Ursachen des Phänomens "Armut" und seiner aktuellen Ausprägungen sowie seiner möglichen weiteren Entwicklung sind rar. Nur bei wenigen AutorInnen wird etwa das Konzept der "Zweidrittel-Gesellschaft" diskutiert, und kaum jemand versucht, die Ergebnisse der Untersuchungen in einen systematischen gesellschafts-theoretischen Rahmen einzuordnen.

Einen Schritt in diese Richtung machen *Döring, Hanesch, Huster* (1990). Sie kontrastieren zwei Zugangsweisen zum Problem der Armut miteinander: die an der Einkommens- und Vermögenssituation orientierte *Ressourcenperspektive* einerseits und die an der tatsächlichen Versorgungslage orientierte *Lebenslagenperspektive* andererseits. Während erstere versucht, möglichst genau die zur Verfügung stehenden materiellen Mittel zu eruieren, konzentriert sich letztere auf den in verschiedenen zentralen Lebensbereichen (z.B. Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben) effektiv erreichten Standard. Beide Perspektiven können sich auf Individuen, Haushalte oder soziale Gruppen beziehen. In dieses Raster lassen sich die wichtigsten schweizerischen Armutsuntersuchungen einordnen: Die einkommensstatistischen Analysen von *Buhmann* (1988), *Enderle* (1987) und *Perruchoud-Massy* (1991), *Jolicet* (1992) sind Beispiele für ressourcenorientierte Studien, während in den Untersuchungen von *Arend* u.a. (1990), *Biderborst* (1983), *Boddenberg Schmid/Schmid* (1989), *Gillioz* u.a. (1991) sowie in den Diplomarbeiten von *Bücheler-Täschler* u.a. (1987) und *Rickenbach* (1988) die Lebenslagenperspektive die Leitlinie bildet. Zu letzterer Gruppe ist auch die baselstädtische Untersuchung (*Mäder* u.a. 1991) zu zählen; soweit sie sich auf ressourcenorientierte Daten stützt, handelt es sich nämlich um eine umfassende, aber nicht durchwegs systematische Kompilation vorhandenen Materials. Neuerdings zeichnet sich ein

Trend zur Kombination beider Ansätze ab. Schon die Neuenburger Untersuchung (*Hainard* u.a. 1990) hatte, neben einem dominierenden einkommensstatistischen, einen problemgruppenorientierten Teil; ähnliches gilt für die St.Galler Studie (*Füglister/Hohl* 1992), deren Analyse einkommensstatistischer Daten zudem nach Lebenslagen im biographischen Ablauf gegliedert ist. Die kurz vor der Publikation stehenden Zürcher und Berner Studien schliesslich haben versucht, Ressourcen- und Lebenslagenperspektive systematisch und weitergehend zu verknüpfen.

Beide Zugänge unterscheiden sich in methodischer Hinsicht: Der ressourcenorientierte Ansatz verfährt typischerweise statistisch. Hier wird versucht, anhand verschiedener Quellen (meist Daten aus Steuerregistern) das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen von Personen und/oder Haushalten zu berechnen und dann anhand festgelegter oder festzulegender Grenzen (z.B. Bezugsberechtigung für Ergänzungsleistungen, fürsorge- oder betriebsrechtliches Existenzminimum, 50% des Durchschnittseinkommens) die Zahl der so als arm definierten Personen zu bestimmen. Je nach Erhebungs- und Berechnungsweise resultieren die bekannten, stark voneinander abweichenden Werte.

Lebenslagenorientierte Studien sind demgegenüber oft stärker qualitativ orientiert, indem sie versuchen, das Niveau der Lebensführung für verschiedene Problemgruppen jeweils möglichst umfassend zu erheben und zu beschreiben. Bezeichnenderweise behandeln denn auch einige dieser Studien speziell ausgewählte Gruppen wie Frauen (*Boddenberg Schmid/Schmid* 1989, *Gillioz* u.a. 1991), alleinstehende Männer (*Biderborst* 1983), Wohnungssuchende (*Arend* u.a. 1990) oder durch Konsumkredite Verschuldete (*Boddenberg Schmid* 1988, *Caritas* 1992).

Die Differenzen sind aber nicht allein methodischer Art. Während sich der ressourcenorientierte Zugang meist auf die (statistisch aufwendige) Erhebung



von Einkommens- und Vermögensdaten konzentriert, und auf dieser Grundlage Grenzwerte festzusetzen und die materielle Situation vor allem der unteren Einkommensschichten möglichst präzise zu analysieren versucht, geht der lebenslagenorientierte Ansatz in der konkreten Beschreibung der Lebensumstände dieser Leute weiter. Hier wird angestrebt, ein umfassendes Bild von der Lebenssituation zu geben, das sich auf alle zentralen Lebensbereiche erstreckt.

Auf diese Weise kann man sich einer der wichtigsten der noch offenen Fragen auf dem Feld der Armutsforschung besser nähern. Nach wie vor wurde nämlich wenig bis gar nicht untersucht, wie die Leute in prekären Lebenslagen sich verhalten. Die meisten Studien beziehen sich auf "aktenkundige Fälle", Personen und Haushalte also, die eines der öffentlichen oder privaten Hilfs- bzw. Beratungsangebote benützt haben. Es ist aber bekannt, dass es sich dabei nur um einen Teil der Leute handelt, die dazu überhaupt in der Lage sind. Die "Dunkelziffer" der anderen wird meist auf ungefähr 50% geschätzt. Wie diese 50% mit ihrer zugespitzten Situation umgehen, ob und inwieweit sie wieder auf eigenen Füßen zu stehen im Stande sind oder nicht und was dafür ausschlaggebend ist - diese Aspekte des Umgangs mit schwierigen Lebenssituationen ("coping") bilden nach wie vor einen blinden Fleck in der schweizerischen Armutsforschung.

Dies ist zweifellos einer der Gründe dafür, dass selbst die grossen Untersuchungen in ihren sozialpolitischen Schlussfolgerungen kaum je über einen meist umfangreichen, aber selten politisch gewichteten Katalog möglicher Massnahmen hinauskommen. Zu solchen Massnahmen zählen in der Regel etwa die Revision oder der Umbau des Sozialversicherungssystems in Richtung mehr Flexibilität gegenüber unterschiedlichen Lebensformen, die Bereitstellung besserer Infrastrukturen für Alleinerziehende, die generelle und konsequente Gleichstellung von Frau und Mann, neue Modelle im Sozial-

und Gesundheitswesen in Richtung Nachbarschafts- und Selbsthilfe und kleine soziale Netze, die allgemeine Verbesserung der Lebensräume und -chancen für alle, die Abkehr von der Überbetonung materieller Werte u.a.m.

Eine der Massnahmen hat in letzter Zeit viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen: das *Garantierte Mindesteinkommen*. Dies wohl nicht zuletzt deshalb, weil es einen verhältnismässig einfachen Ausweg aus der komplizierten und unübersichtlichen Reform der Sozialversicherungen verheisst. Ganz unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung (sei es im Sinne von Milton Friedman u.a. als negative Einkommenssteuer, sei es als verallgemeinerte Ergänzungsleistung, sei es nach dem Modell des in Frankreich bereits realisierten "Revenu minimum d'insertion" oder sei es in anderer Gestalt (vgl. dazu *Caritas* 1991), fällt die Verwandtschaft mit dem ressourcenorientierten Ansatz der Armutsanalyse auf: Der Ressourcenzufluss soll gesichert werden, im Prinzip unabhängig von der Lebenslage der Individuen. Gerade der Aspekt des "coping", des Umgangs mit der konkreten Situation, kommt dabei allerdings zu kurz. Offen und kaum diskutiert wird etwa die Frage, wie gross derjenige Teil der Armutsbevölkerung ist, dem mit einer solchen rein administrativen Unterstützung nicht oder nicht genügend geholfen werden kann, weil die tatsächlichen Ursachen der schwierigen Lebenslage ja nicht die finanziellen Probleme sind, sondern die fehlenden Möglichkeiten, auf die sozialen Ungleichheiten einer komplexen Gesellschaft zu reagieren.

Rückt man diesen Aspekt in den Vordergrund, so stellt sich unter anderem die Frage nach Funktionsweise und Umgestaltungsmöglichkeiten des Hilfs- und Unterstützungsangebots vor allem der öffentlichen Sozialhilfe (*Mäder/Neff* 1988). Hierzu liegt zur Zeit erstaunlich wenig wissenschaftlich fundiertes Material vor. Neuerdings hat *Füglister* (1992) einige konkrete Massnahmen in den Bereichen Renten



(gesicherte minimale Alters- und Invalidenrente), Familien (Kinderbeihilfen u.a. an Alleinerziehende) sowie AusländerInnen (z.B. Abschaffung des Saisonierstatuts) anhand der Daten der St. Galler Untersuchung mit Simulation getestet und für realisierbar befunden. (3). Zum Glück warten die Sozialtätigen aber nicht, bis die manchmal etwas langatmigen wissenschaftlichen Untersuchungen zu einem Ende kommen. Die Notwendigkeit, auf dringliche Probleme und Fragen umgehend konkrete Antworten zu finden, lässt sie notfalls auch ausserhalb gesicherten

Wissens und bürokratischer Abläufe und Vorschriften nach Lösungen suchen. Dafür und als erste Information für Ratsuchende, die Unterstützung brauchen, eignet sich das Handbuch von Goll (1990) bestens. Es bringt eine praktische Dimension in die Diskussion, die vielen Forschungsberichten abgeht - vielleicht abgehen muss, denn Forschung kann bestenfalls Grundlagen für Sozialpolitik bereitstellen, niemals aber sozialpolitisches Handeln ersetzen.

Peter Farago

### Anmerkungen

- 1) Eine ausführliche Bibliographie, allerdings auf dem Stand von 1989, enthält Ulrich (1989). Den aktuellen Forschungsstand hat Füglistaler (1992) aufgearbeitet.
- 2) Ein Projekt mit diesem Anspruch wurde im Nationalen Forschungsprogramm "Wandel der Lebensform und soziale Sicherheit" (Nr.29) durchgeführt. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich in Marazzi (1992).
- 3) Im Nationalen Forschungsprogramm 29 wird zurzeit an einem systematischen Vergleich öffentlicher (kantonalen) Sozialhilfesysteme in der Schweiz gearbeitet (Projekt Höpflinger). Die Untersuchung sollte im Laufe des Jahres 1993 abgeschlossen werden.

### Literatur

Arend, M., Kellerhals Spitz, A., Mächler, T. 1990. Benachteiligte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt. Probleme und Massnahmen. Schriftenreihe Wohnungswesen 45. EDMZ, Bern.

Biderborst, S. 1983. Hilfe als Problem. Eine empirische Untersuchung zur Situation alleinstehender Männer in der Stadt Zürich, die von der öffentlichen Sozialhilfe betreut werden. Limmat, Zürich.

Boddenberg Schmid, G., Schmid, J. 1989. Arme Frauen in der Schweiz. Ursachen, Zusammenhänge, Perspektiven. Caritas Dokumentation 2/89, Luzern.

Boddenberg Schmid, G. 1988. Neue Wege zur Verschuldung. Durch "Plastikgeld" in eine neue Armut? Caritas Berichte 3/1988. Luzern.

Bücheler-Täschler, V., Egger, D., Uttinger, E. 1987. Nichts zu verlieren! Nichts zu gewinnen! Armut in der Schweiz. Abschlussarbeit an der Schule für Soziale Arbeit Zürich.

Buhmann, B. 1988. Wohlstand und Armut in der Schweiz. Eine empirische Analyse für 1982. Rüeegg, Grösch.

Buhmann, B., Enderle, G., Jäggi, C., Mächler, T. 1989. Armut in der reichen Schweiz. Eine verdrängte Wirklichkeit. Orell Füssli, Zürich/Wiesbaden.

Caritas 1991. Existenzsicherndes Grundeinkommen? Bericht von der Tagung vom 31.1./1.2.1991. Caritas Berichte 2/1991, Luzern.

Caritas. Vom Traum zum Alptraum. Privatverschuldung in der Schweiz. Dokumentation 1/92, Luzern.

*Diskussion 1988. Neue Armut - Neue Sozialpolitik. Diskussion, Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik 4/1988.*

*Döring, D., Hanesch, W., Huster, E.-U. 1990. Armut als Lebenslage. Ein Konzept für Armutsberichterstattung und Armutspolitik. In: dies. (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt. S. 7-27.*

*Enderle, G. 1987. Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext. Eine wirtschaftsethische Studie. Haupt, Bern/Stuttgart.*

*Füglister, P., Hohl, M. 1992. Armut und Einkommensschwäche im Kanton St.Gallen. Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Arbeit und Arbeitsrecht an der Hochschule St.Gallen, Band 7. Haupt, Bern/Stuttgart.*

*Füglister, P. 1992. Sozialpolitische Massnahmen im Kampf gegen die Armut in der Schweiz. Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Arbeit und Arbeitsrecht an der Hochschule St. Gallen, Band 8. Haupt, Bern.*

*Gillioz, L., Samii, C., Coray, J. 1991. Femmes pauvres dans ville riche. Résultats d'une enquête menée à Genève par F-Information et le Bureau de l'égalité des droits entre hommes et femmes. F-Information, Genève.*

*Goll, C. 1990. Gegen Armut. Anleitungen für Praxis und Politik. SAH, Zürich.*

*Hainard, F., Nolde, M., Memminger, G., Micheloni, M. 1990. Avons-nous des pauvres? Enquête sur la précarité et la pauvreté dans le canton de Neuchâtel. Cahiers de l'ISSP no. 12. EDES, Neuchâtel*

*Mäder, A., Neff, U. 1988. Vom Bittgang zum Recht. Zur Garantie des sozialen Existenzminimums in der schweizerischen Fürsorge. Haupt, Bern/Stuttgart.*

*Mäder, U., Biedermann, F., Fischer, B., Schmassmann, H. 1991. Armut im Kanton Basel-Stadt. Social Strategies, vol. 23. Basel.*

*Marazzi, C. 1992. La pauvreté en Suisse. Synthèse du rapport réalisé dans le cadre du Programme national de recherche 29. Bulletin 3 des NFP 29, Februar 1992, S. 11-23.*

*Marazzi, C. 1986. La povertà in Ticino. Dipartimento delle opere sociali. Bellinzona.*

*Perruchoud-Massy, M.-F. 1991. La pauvreté en Valais / Die Armut im Wallis. Département des Affaires sociales, Sion.*

*Pro Juventute 1987. Not und Armut heute. pro juventute, Zeitschrift für Jugend, Familie und Gesellschaft 1/1987.*

*Rickenbach, M. 1988. Das Phänomen der neuen Armut und dessen Erscheinungsbild am Beispiel der Stadt Biel. Lizentiatsarbeit Universität Bern.*

*SAH/SABZ 1987. Armut in der Schweiz. Bericht von der Tagung vom 26.-28.8.1987 in Boldern ZH.*

*Ulrich, W. 1989. Zum Stand der schweizerischen Armutsforschung. Arbeitspapier Nr. 7 der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung (AWA) der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern.*

**Diether Döring, Walter Hanesch, Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Armut im Wohlstand.** Surkamp, Frankfurt/M. 1990 (403 S., Fr. 20.80)

**Harry Noorman: Armut in Deutschland.** Christen vor der neuen Sozialen Frage. Calwer Verlag, Stuttgart 1991 (192 S., Fr. 28.20)

“In diesem Land werden Obstbäume, Hühner und Müllmengen gezählt – nur die Armen nicht, weil sie die Erfolgsbilanz trüben. Und die Regierung leugnet hartnäckig, dass es Armut gibt“. Mit diesen Worten wies vor einiger Zeit der Frankfurter Soziologie-Professor Gerd Iben auf eine Entwicklung hin, die zu einem sozialpolitischen Sprengsatz werden kann. Im Schatten der bundesrepublikanischen Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft haben sich nämlich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren dramatische Veränderungen vollzogen, von denen weder die Öffentlichkeit noch die Politik hinreichend Kenntnis genommen hat. Es geht – fast möchte man es angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland (auch noch nach der Vereinigung mit den wirtschaftlich schwächeren fünf neuen Bundesländern) zu den wohlhabendsten Industriestaaten der Welt gehört, nicht glauben – um die besorgniserregende Zunahme von Armut, Marginalisierungen und Ausgrenzungen in Gesamt-Deutschland.

Die Studie *“Armut im Wohlstand“* von Döring, Hanesch und Huster hat diese Entwicklung auf der Grundlage einer Vielzahl von Datenquellen (für die alte Bundesrepublik) untersucht und ein teilweise *erschütterndes Dokument sozialpolitischer Problemlagen* vorgelegt, das konsequent manche undifferenzierte “Erfolgsbilanz“ als blauäugiges Schönreden entlarvt. Erstellt wurde die Studie von einem Kreis von Autoren, die der “Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung“ angehören bzw. mit dieser zusammenarbeiten. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit dem Deutschen Paritäts-

schen Wohlfahrtsverband (DPWV) und Mitgliedern der Arbeitsgruppe wies Mitherausgeber Walter Hanesch darauf hin, dass es sich bei dieser Arbeitsgruppe um einen informellen Zusammenschluss von Armutsforschern und -forscherinnen handelt, die seit mehreren Jahren regelmässig mit fachpolitischen Stellungnahmen zum Armutsproblem an die Öffentlichkeit getreten sind.

Während in den bisherigen Untersuchungen jedoch allein auf Einkommensarmut abgezielt wurde, wird in den Beiträgen dieses Bandes von einem *lebenslagenorientierten* Armutsbegriff ausgegangen. Die Darstellung von Einkommens- und Vermögensarmut, die allerdings auch in diesem Buch als Grundlage von Einschätzungen nicht zu kurz kommt, wird ergänzt durch Untersuchungen von Unterversorgungen in zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit. Ein Abschnitt beschäftigt sich darüber hinaus mit Fragen nach den sozialpolitischen Konsequenzen, die eine Politik zu ziehen hat, wenn sie die gespaltene “Zweidrittel-Gesellschaft“ überwinden will. Aus der Fülle der Materialien, Daten, Fakten und Prognosen, die in den Einzelbeiträgen zusammengestellt, aufgearbeitet und sachlich interpretiert werden, kann hier nur ein kleiner Ausschnitt präsentiert werden. Doch auch schon wenige Zahlen, Tendenzen oder Hochrechnungen können eindrucksvoll belegen, dass sich Armut zu dem zentralen sozialpolitischen Problem in einer Gesellschaft entwickelt hat, in der “der Kult des Stärkeren“ (Noormann) gepflegt wird und in der immer mehr arme Menschen als Verlierer des Siegeszugs der freien Marktwirtschaft dastehen.

Greift man auf das Leistungsniveau der Sozialhilfe als quasioffizielle Armutsgrenze im Sinne von Einkommensarmut zurück, so ist von fast 6 Millionen armen Menschen (in den alten Bundesländern) auszugehen. Mit 3,4 Millionen Sozialhilfeempfängern 1988 (fast 60% mehr als 1980) und gleichzeitig 2,5 Mio. Empfängern von Hilfe zum



Lebensunterhalt (Verdopplung seit 1980) ist der Personenkreis genannt, der in den offiziellen Statistiken geführt wird. Hinzu kommt, dass etwa ein Drittel der Berechtigten ihre Rechtsansprüche nicht wahrnimmt und so in "verdeckter Armut" verbleibt. Als Faustformel für die Bevölkerungsgruppen, die in Armut leben oder Gefahr laufen, arm gemacht zu werden, schreibt der Religionspädagoge *Harry Noormann*, können "die fünf grossen A" gelten: *Arbeitslose, Alte, Alleinerziehende, Ausländer* und *Asylsuchende*. Im zurückliegenden Jahrzehnt sind besonders sie auf ein Existenzniveau an der Armutsgrenze abgesackt und teilen nun das Los der "traditionellen Armenpopulation". Zu ihr zählen nach wie vor Behinderte und an psychischen Leiden chronisch Erkrankte, kinderreiche Familien, Nichtsesshafte, Obdachlose und Bewohner von Schlichtwohnungen und Barackensiedlungen sowie Menschen im Rentenalter, besonders unterversorgte Arbeiterinnen im Ruhestand.

Nach der umfassenden und gründlichen Material-Studie von Döring, Hanesch und Huster sind besonders Alleinstehende und Alleinerziehende immer noch hauptsächlich diejenigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Überdurchschnittlich gestiegen ist jedoch in den letzten Jahren die Anzahl von Ehepaaren mit Kindern, die Anträge stellen müssen. Dies verweist auf die Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit: die anhaltende *Massenarbeitslosigkeit*. Im Unterversorgungsbereich Arbeit zeichnet sich eine Tendenz zur Polarisierung der Beschäftigten durch die Ausbreitung von sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen ab. Fast jeder dritte Erwerbstätige ist inzwischen mit solchen Sonderbeschäftigungsverhältnissen (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse, usw.) konfrontiert, die keinen vollen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten.

Beschämend muss es sein, wenn (in einem anderen Zusammenhang) der Präsident des Deutschen Kinderschut-

bundes Walter Bärsch schätzt, dass in der Bundesrepublik bis zu 400.000 Mädchen und Jungen zwischen 12 und 15 Jahren verbotene *Kinderarbeit* leisten müssen, um das Einkommen der Familie aufzubessern. Angesichts dieser erschreckenden Zahl vermisst man allerdings in dieser Studie einen Beitrag, der dieses Thema aufgreift. Einige Hinweise finden sich bei Noormann, der sich in anderen Teilen auf das Zahlenmaterial von Döring u.a. bezieht. "Werden die 1,3 Mio. Heranwachsenden in Erwerbslosenhaushalten den Sozialhilfe beziehenden Kindern hinzugegerechnet, ergibt sich nach den offiziellen Statistiken für 1983/84 ein Anteil von 12,6 % aller Kinder in der Bundesrepublik, die von Armut bedroht sind oder sie tagtäglich hautnah erfahren", schreibt er und meint, dass unter Berücksichtigung einer wahrscheinlichen Dunkelziffer der realistische Wert vermutlich bei 20 % liegt; eine Quote, die im übrigen in den USA ähnlich hoch ist (1986 lebten dort 20,5 % aller Kinder unter der Armutsgrenze). Vermutlich wird sich an dieser Situation in nächster Zeit kaum etwas ändern, denn auch von einer Normalisierung im Ausbildungsbereich kann nicht gesprochen werden, solange noch Jahr für Jahr über 300.000 Jugendliche in Sonder- und Notmassnahmen statt in regulären Ausbildungsverhältnissen untergebracht sind. Die Studie prognostiziert sogar, dass bis zum Jahre 2000 jährlich fast 15 % der Schulabgänger am Arbeitsmarkt unterversorgt bleiben werden.

Besonders benachteiligt sind Personen und Haushalte mit geringem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt. Verknappung von billigem Wohnraum und steigende Mietbelastungen werden die Situation noch verschärfen, obwohl schon heute rund 600.000 Personen als *obdachlos* zu bezeichnen sind. Rechnet man nicht die 700.000 Personen mit ein, die schon heute in Wohnungen hausen, die Mindeststandards bezüglich Grösse und Ausstattung nicht genügen, ist davon auszugehen, dass im Jahre 2000 in Deutschland mindestens 1 Million Menschen ohne Dach überm Kopf "le-



ben“ müssen. Auch in den Bereichen “Gesundheit“ und “Pflege“ scheinen sich sozial ungerechte Entwicklungen dramatisch zuzuspitzen. Intensität und Schwere von Erkrankungen hängen nicht unwesentlich ab vom sozialen und ökonomischen Status. Die Studie liefert Zahlen, die die Schlussfolgerung zulassen, dass Angehörige unterer Berufsgruppen aufgrund ungünstiger Arbeitsbedingungen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsteilen nicht nur gefährlicher und ungesünder leben, sondern auch kürzer. Gesundheitliche Risiken treten oft als Folge von Arbeitslosigkeit auf und chronische Erkrankungen gehen nicht selten einher mit materieller Armut. Pflegebedürftigkeit führt schliesslich angesichts des Fehlens entsprechender sozialer Sicherung fast zwangsläufig zur Verarmung.

So führte Walter Hanesch bei der Buchpräsentation u.a. aus, dass von den 1,7 Millionen Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut werden, rund 25 % sozialhilfeabhängig sind. Bei den 370.000 Pflegebedürftigen, die in Heimen leben, beträgt der Anteil sogar 70 %. Unmissverständlich zog er die Bilanz, dass im Bereich der Pflegeversicherung die Bundesrepublik die unrühmliche Position eines Schlusslichts im internationalen Vergleich einnimmt. Der Pflegenotstand erhält noch eine weitere Brissanz, wenn man die fehlende oder nur mangelhafte soziale Absicherung von pflegenden Familienmitgliedern berücksichtigt. Wer heute ein Familienmitglied zu Hause pflegt und deshalb auf Vollzeitarbeit ganz, teilweise oder zeitweilig verzichtet, riskiert seine eigene Unterversorgung im Alter durch geringe Rentenabsicherung. Da diese Betreuung und Pflege auch heute noch vorwiegend in den Händen von Frauen liegt, ist abzusehen, dass ohne eine gesetzliche Pflegeversicherung die Altersarmut heute junger Frauen vorprogrammiert wird.

Neben diesen Beispielen liefern die Beiträge der Studie eine erdrückende Fülle von Belegen und Hinweisen für Unterversorgungslagen einzelner Bevölkerungsgruppen und für Struktur-

mängel des heutigen Systems sozialer Sicherung. Die Befunde sprechen eine deutliche Sprache: “Insgesamt haben sich im Zeitraum 1978 bis 1988 die sozialen Gegensätze in der Bundesrepublik verschärft, d.h. für die bereits benachteiligten Gruppen hat sich die Situation in zahlreichen Lebensbereichen weiter verschlechtert. Bei diesen Gruppen treten verschiedene Unterversorgungslagen häufig gleichzeitig auf und verstärken sich somit wechselseitig in ihren negativen Folgen für die Betroffenen. (...) Als ein zentrales sozialpolitisches Problem erweist sich die Tatsache, dass die Sozialversicherung als Kern des deutschen Systems sozialer Sicherung bislang das Ziel der Armutsbekämpfung vernachlässigt. Dies kommt vor allem im Fehlen einer wirkungsvollen integrierten sozialen Grundsicherung zum Ausdruck. (...) Die genannten Befunde stehen in krassem Gegensatz zum Postulat der Sozialstaatlichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft“.

Welche Konsequenzen sind aus diesem vernichtenden Urteil der Experten zu ziehen? Mit diesen Studien, die in Teilen die Ergebnisse des Armutsberichts des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Winter 1989 fortschreiben, der unter dem Titel “...wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land...” in den Blättern der Wohlfahrtspflege (Heft 11/12, 1989) erschienen ist, liegt der Öffentlichkeit und der Politik nun reichhaltiges Datenmaterial vor, das nicht länger übergangen werden kann.

Das Thema Armut darf nicht weiter tabuisiert werden. Notwendig ist die öffentliche Auseinandersetzung mit dem “Spaltungs- und Ausgrenzungsprozess“, der noch durch eine Vielzahl neuer Unterversorgungslagen im Gebiet der ehemaligen DDR in gravierendem Ausmass zunehmen wird. Untersuchungen zu Armut und Unterversorgungslagen dürfen auch nicht ausschliesslich Aufgabe einzelner Verbände oder engagierter Forschergruppen sein. Die heutige Sozialberichterstattung ist durch eine institutionalisierte

Armutsberichterstattung zu ergänzen. Die Bundesregierung muss der Öffentlichkeit parallel zur Wirtschaftsentwicklung auch über Armut Bericht erstatten, wie dies schon seit Jahren Wohlfahrtsverbände, Parteien (SPD und Grüne), Gewerkschaften und Organisationen der Betroffenen fordern. Dieser unabhängige nationale Armutsbericht muss zur Grundlage einer offensiven und vorbeugenden Armutspolitik gemacht werden, wie dies u. a. auch der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert.

Und schliesslich müssen Massnah-

men zur Bekämpfung von Armut und Unterversorgung wie die Einführung einer integrierten bedarfsorientierten Grundsicherung und die Schaffung einer Pflegeversicherung endlich in Angriff genommen werden. Mit ihren Ergebnissen haben die Wissenschaftler der Politik – so könnte man zusammenfassend urteilen – ein Armutszeugnis ausgestellt. Es liegt jetzt an ihr, die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Hans-Josef Legrand

**Volker Borschier (Hg.): Das Ende der sozialen Schichtung?** Zürcher Arbeiten zur gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer Lage und Bewusstsein in der westlichen Zentrums-gesellschaft. Seismo, Zürich, 1991. (378 S. Fr. 48.-)

**Hans-Peter Müller: Sozialstruktur und Lebensstile.** Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit. Suhrkamp stw 982, Frankfurt/M. 1992 (434 S., Fr. 26.30)

Die eigentliche Grundfrage der Soziologie, jene nach dem Aufbau der Gesellschaft, die Klassen- und Schichtungstheorie, steckt nicht zum ersten Mal in der Krise. In den 50er und 60er Jahren wurde das Ende der Arbeiterklasse (Schelsky/Goldthorpe) in der "Überflussgesellschaft" beschworen, eine Mittelstands- oder postindustrielle Gesellschaft postuliert, welche allen Schichten weitgehende Wohlstands- und Mobilitätschancen biete und insbesondere jegliche antagonistische Polartät zwischen gesellschaftlichen Klassen aufhebe.

Minimalkonsens des soziologischen Diskurses über Schichtungs- und Mobilitätsprobleme blieb jedoch bis spätestens Anfang der 80er Jahre das *Paradigma strukturierter sozialer Ungleichheit* (Müller), welches sowohl von kon-

flikttheoretischen Ansätzen in ihren marxistischen und nichtmarxistischen Spielarten als auch von integrations-theoretischen Ansätzen strukturalistischer oder interaktionistischer Provenienz geteilt wurde.

Demgegenüber zeichnet sich der neuere Diskurs besonders seit Ulrich Becks Beitrag "Jenseits von Klasse und Stand?" (Soziale Welt 2, 1983) gerade dadurch aus, dass die Relevanz sozialer Ungleichheit gegenüber anderen, die differenzierteren Lebenslagen und Lebenschancen beeinflussenden Faktoren relativiert oder bestritten wird. So gewinnen ökologische Gefahrenpotentiale ("Risikogesellschaft") oder die mit dem Wohlstandswachstum verbundene Auflösung von ständisch-traditioneller Klassenkultur, die "Individualisierung", bestimmenden Einfluss auf die Vergesellschaftung. Auch wenn offen bleibt, ob es sich dabei bloss um eine Illusion "falschen Bewusstseins" in einer auf eine höhere Etage gefahrenen Klassengesellschaft handelt ("Fahrstuhleffekt"), so hat nach Beck die Mobilitäts-erfahrung Lebenswege und Lebenslagen der Menschen derart "durcheinandergewirbelt", dass die soziale Ungleichheit bloss noch statistische Verteilungsungleichheit ohne lebensweltliche Relevanz beschreiben kann. Damit rückt die Strukturierungsfrage ausser-

halb des Forschungsinteresses.

Eine solche Sichtweise nährt den Verdacht, dass hier aus der Not der "neuen Unübersichtlichkeit" eine Tugend gemacht wird und dass angesichts der eklatanten sozialen Gegensätze sowohl im Weltsystem als auch in unsern Zentrumsgesellschaften eine gewisse Soziologie vor dem empirischen Problemdruck kapituliert. Denn selbst wenn der der Schichtung zugrunde liegende Zusammenhang zwischen sozialer *Ungleichheit* und *Ungleichwertigkeit* komplizierter geworden ist, bleiben Lebenslagen und Lebenschancen ebenso ungleich verteilt wie effektive Mobilitätschancen. Der Mechanismus dieser gesellschaftlichen Statuszuweisung jedoch und insbesondere die Frage, wie sich analytisch-theoretische und deskriptiv-phänomenologische Ebene zusammenbringen lassen, steht im Zentrum neuerer theoretischer Diskussionen in der Ungleichheitsforschung.

Die Beiträge der vorliegenden Aufsatzsammlung verteidigen die strukturierende Determination sozialer Ungleichheit. Herausgeber *Volker Bornschier* warnt im Einleitungskapitel dezidiert vor Enttheoretisierung und Beliebigkeit in der Schichtungsdiskussion. Dies ist denn auch das gemeinsame Anliegen der Aufsätze: Die Konsequenzen der gesellschaftlichen Differenzierung und Komplexitätszunahme für die Theorie, vor allem aber für die Empirie, sollen problematisiert werden. Gegenstand der Analysen sind die westlichen Zentrumsgesellschaften; die internationale Schichtung im Weltmassstab wird nicht thematisiert.

*Volker Bornschier* sucht in seinen einleitenden Beiträgen einerseits nach einem Instrumentarium zur Erfassung der sozialen Schichtung, andererseits nach Antworten auf die Frage, wie sich die soziale Schichtung verändert hat. Unter dem Etikett "dynamischer Schichtungsbegriff" identifiziert er eine "Kernstatusgruppe" mittels eines Modells, welches Lebenszyklus mit der Dimension Zentrum-Peripherie bezüglich *Erwerbstätigkeit* kombiniert. Dadurch werden die Gruppen der Nicht-Er-

werbstätigen (Rentner/-innen, Kinder und Jugendliche) als nicht näher bestimmbar aus der Analyse ausgeschlossen. Im zweiten Schritt wird nach einem möglichst optimalen Modell für die Abbildung der sozialen Stratifikation innerhalb dieser "Kernstatusgruppe" gesucht. Bei seinen Statusmodellen figuriert die *Einkommensdimension* als "Generalnenner", auf den andere Statusdimensionen überführt werden sollen. Auf der Suche nach Erklärungsmodellen prüft Bornschier ein vereinfachtes, wenn auch durch die Dimension "faktische Autorität" bereichertes Klassenmodell, das ihm, empirisch gesehen, "nicht hilfreicher als ein reines Statusmodell" zu sein scheint und fallengelassen werden kann. Entworfen wird (empirisch unüberprüft) ein Statusmodell, welches Eliten und Klassen kombiniert.

Welche Konsequenzen hat der soziale Wandel für das "Schichtungsregime"? Wie lassen sich die Veränderungen der Sozialstruktur beschreiben? Zwecks höherer Legitimation sei das Schichtungssystem über die formalisierte Bildung geöffnet worden, was neben der Chancengleichheit aber auch Status inkonsistenzen, d.h. unterschiedliche Positionierung auf den verschiedenen Statusdimensionen, verstärkt habe. Entgegen gängiger Vorstellung hebt Bornschier die stabilisierende weil kompensatorische Funktion von Statusinkonsistenz hervor: diese sei gar zu einem Prinzip der Schichtung geworden. Diesem Bild einer "pluralisierten" Gesellschaft wird die Beobachtung beigelegt, dass mit dem Machtgewinn formaler Organisationen und der kürzeren Verweildauer von Managern in Verwaltungsräten von Grosskonzernen die Aufstiegschancen für Mittelschichten enorm gewachsen seien.

Die Gesellschaft im "keynesianischen Modell" wird als durchlässiger und damit weniger ungleich beschrieben. Dazu trage vor allem die Öffnung des Bildungssystems bei, weniger hingegen die "neue" Vermögensverteilung (Sozialversicherungen). Mit dem Übergang eines grossen Teils des Vermö-



gensbesitzes von Privaten an Korporationen und der damit einhergehenden Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt werde "Sprösslingen breiter Mittelschichten" das Öffnen der "Tür zu den oberen Etagen" ermöglicht. Ansätze zu einer überzeugenden Verknüpfung analytisch-theoretischer und deskriptiv-phänomenologischer Erkenntnisse lassen sich bei Bornschier kaum finden. Dass soziale Ungleichheit stark vom politisch-institutionellen Rahmen abhängt, ist kaum zu bezweifeln. Der gewählte historische Bezugsrahmen "keynesianisches Gesellschaftsmodell" bleibt mir allerdings zu vage. Auch hätte die Auseinandersetzung mit einem erweiterten Klassenmodell (etwa Wright, Giddens) mehr gebracht, als das Widerlegen eines in anderweitigen Diskussionen längst überholten. Mit dem Verzicht auf Klassenperspektive werden auch Probleme der *Klassenbeziehungen* ausgeblendet. Diese sind einer rein strukturfunktionalistischen Betrachtungsweise kaum zugänglich.

Der bei Bornschier gewonnene Eindruck einer offeneren, demokratisch legitimeren Gesellschaft mit grösserer Chancengleichheit verflüchtigt sich bei der Lektüre der weiteren Beiträge im Sammelband. Inwiefern wird das Bildungssystem dem demokratischen Anspruch nach erhöhter Chancengleichheit gerecht? Oder werden mit der nachweisbaren Öffnung Illusionen geschaffen und soziale Ungleichheit auf höherer Ebene reproduziert? Mit dieser Frage setzen sich *Martin Graf* und *Markus Lamprecht* auseinander. Ihre Schlüsse neigen stark der zweiten, bildungspessimistischen Variante zu. Allerdings könne Bildung "unter ganz bestimmten Bedingungen jederzeit in Kritik umschlagen". Solche Bedingungen werden allerdings in *individuellen* Dispositionen geortet, wodurch sie sich der Planung entzögen eine soziologisch problematische, wenn auch vor dem Hintergrund obrigkeitlicher Machtübergriffe wünschbare These.

Haben sich die Statuszuweisungen in den 70er und 80er Jahren verändert?

Diese Frage zu beantworten scheint angesichts der kurzen Zeitspanne ein etwas heikles Unterfangen. Lamprecht und Graf räumen denn auch Bedenken gegenüber dem von ihnen benutzten empirischen Datenmaterial ein. Immerhin wagen es die Autoren, der *Entstrukturierungsthese* in der Ungleichheitsdiskussion, welche ein Auflösen der strukturellen Bezüge postuliert, entgegenzutreten.

Ähnliche Resultate werden in einem weiteren Artikel präsentiert: Statusinkonsistenzen, also stark unterschiedliche Positionen auf zentralen Schichtdimensionen (hier: Bildung, Berufsprestige, Einkommen und formale Autorität), komplizieren zunehmend das Bild einer klar geschichteten Gesellschaft. Mangels hinreichender Theorieansätze gehen *Paul Ruschetti* und *Hanspeter Stamm* induktiv vor und schliessen aus ihren Clusteranalysen, dass "westliche Zentrumsgesellschaften" nach wie vor als geschichtet zu betrachten sind. Individualisierungstendenzen hätten zwar allgemeine Verknüpfungsmuster verändert, nicht aber beseitigt. Die spannende Beschreibung des empirischen Verfahrens kann allerdings die Zweifel an der Aussagekraft des hochaggregierten und auf relativ wenigen Fällen in sechs unterschiedlichen Ländern basierenden Datenmaterials nicht zerstreuen.

*Marlis Buchmann* geht der Fragestellung nach, inwiefern durch höhere gesellschaftliche Komplexität im Gefolge des Wandels der Arbeitswelt, der Bildungsexpansion etc. die klassischen Dimensionen der Ungleichheitsforschung entwertet wurden. Zur empirischen Überprüfung benutzt sie dabei einen präziseren Datenkörper: zwei repräsentative Kohortenanalysen aus dem deutschschweizerischen Raum im Abstand von zehn Jahren. Ihre Resultate lassen sie darauf schliessen, dass die klassischen Dimensionen sozialer Ungleichheit trotz Abschwächung weiterhin relevant bleiben. Insbesondere für Männer lasse sich Ende der 80er Jahre ein höheres Mass an Statusinkonsistenz nachweisen als zehn Jahre zuvor. Dies



erschwere die Identifikation gemeinsamer kollektiver Lebenslagen.

Weitere Aufsätze (von Sacchi, Keller, Zwicky) im letzten Teil des Sammelbandes befassen sich mit dem Zusammenhang von sozialer Schichtung und politischem Bewusstsein; mit Orientierungsmustern und Wertedifferenzierungen im Schichtungsprozess, mit schichtabhängigen Reaktionsmustern auf autoritären Populismus und mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit.

Auf die eingangs skizzierten Fragen und Theorieprobleme vermag die Aufsatzsammlung nur beschränkt Antworten anzubieten. Dass das herkömmliche Paradigma einer strukturierten gesellschaftlichen Ungleichheit nicht einfach zugunsten einer Phänomenologie sozialer Unterschiede aufgegeben wurde, ist zu begrüßen. Die Ausblendung verschiedenster neuerer strukturtheoretischer Ansätze und die starke Fixierung auf die mehr oder weniger einfach empirisch erfassbare sozialstrukturelle Ebene stehen einer Rekonzeptualisierung der Ungleichheitstheorie im Wege.

Dies hat sich *Hans-Peter Müller* mit seiner Studie *„Sozialstruktur und Lebensstile“* vorgenommen. Ausgehend von einer manchenorts konstatierbaren „Ratlosigkeit als Diagnose“ rekonstruiert er systematisch die Theorieansätze der soziologischen Ungleichheitsforschung. Für seine „Neuorientierung“ rückt er drei sehr unterschiedliche Ungleichheitstheorien ins Zentrum: die sozialstrukturelle (P. Blau), die sozialpolitische (A. Giddens) und die soziokulturelle (P. Bourdieu). Ausführlich diskutiert wird der Bedeutungswandel dieser Theorien mit Bezug auf die klassischen soziologischen Fragestellungen. So gelingt es Müller beispielsweise aufzuzeigen, wie bei Blau das Zusammenwirken verschiedener struktureller Komponenten (Rasse, Geschlecht, Einkommen, Bildung, Region etc.) zu einem Modell gedeihen kann, welches sich als „Kreuzung sozialer Kreise“ versteht, die „Generierung einer offenen

Sozialstruktur“ theoretisch erfasst und „Gesellschaft als Ensemble von Substrukturen“ begreift.

Allerdings stehen sich in Blaus Ansätzen die Mikroebene (Tauschtheorie) und Makroebene (Strukturtheorie) unvermittelt gegenüber. Es fehlt der einende „sozialtheoretische“ Bezugspunkt, den Giddens und Bourdieu bei aller Verschiedenheit ihrer Ansätze im Auge behalten, darin den Übergang von der „strukturellen Soziologie“ zum „Strukturierungsdenken“ markieren und an einer „Klassenperspektive“ festhalten. Bourdieu weitet den Kapitalbegriff über die ökonomische Dimension hinaus auf die soziale und kulturelle aus und sieht im „symbolischen Klassenkampf“ (neben dem ökonomischen) den Brennpunkt gesellschaftlicher „Strukturierung“. Lehrreich und verdienstvoll zugleich ist, dass Müller die gesellschaftstheoretischen Entwürfe und Konzepte der in den 80er Jahren veröffentlichten Schriften von Bourdieu vorstellt.

Daran anknüpfend steckt Müller den Rahmen für eine *„Soziologie der modernen Lebensführung“* ab; eine Skizze, in der er sich von einer postmodernen Pluralisierung der Lebensstile abgrenzt und auf die „strukturierenden Muster der Lebensführung“ verweist, die u.a. von Familien- und Haushaltsformen sowie von Werthaltungen ausgehen. „Lebensstil“ ist, so Müller, ein vergleichbarer „Grundbegriff wie Klasse und Schicht“.

Dieses Taschenbuch besticht durch die klare Darstellung komplexer Theoriebildungen in der Soziologie. Es empfiehlt sich bestens als Einstiegslektüre, zumal ein *umfassender Überblick über die Ungleichheitsdiskussion* vorliegt. Zudem ist Müllers Anspruch zu würdigen, den theoretischen Diskurs über soziale Ungleichheit auf den lebensweltlichen und sozialpolitischen Boden zurückzuführen, ohne den Diskussionsstand der Klassen-, Schichten- und Mobilitätsforschung zu unterschlagen.

Martin Wicki

**Uli Bielefeld (Hg.): Das Eigene und das Fremde.**

Neuer Rassismus in der Alten Welt? Institut für Sozialforschung Hamburg, Junius Hamburg, 1991 (338 S., Fr. 38.00)

Der vorliegende Sammelband enthält Beiträge, die anlässlich der Internationalen Tagung "Rassismen heute?" 1990 am Hamburger Institut für Sozialforschung zustandekamen und uns einen Überblick über den Stand der politischen Debatte und theoretischen Reflexion zum Thema "Rassismus" und "Antirassismus" in Frankreich, England und in der Bundesrepublik verschaffen. Auf einige Aspekte einzelner Aufsätze soll hingewiesen werden.

Die Soziologin *Colette Guillaumin* beschäftigt sich mit dem Wort und der Vorstellung RASSE, geht den Konnotationen und dem Bedeutungswandel dieses Begriffs nach. Der historisch gesehen enge Bedeutungszusammenhang zwischen "Rasse" und "Rassismus" hat sich aufgelöst. In den Naturwissenschaften hat man inzwischen den Terminus aufgegeben; die "Fortschritte der Genetik", so zitiert Guillaumin den *Petit Larousse*, hätten "rassische Klassifikationen" überflüssig gemacht. Auf der anderen Seite stellt sie eine "metaphorische Ausweitung der Begriffsverwendung" in der "Banalität des Alltags" fest. Wenn auch der Begriff "Rasse" für ein politisches "Konzept" nicht mehr taugt, so hat sich darauf unbestreitbar eine Vorstellungswelt aufbauen lassen, welche zur Trägerin zweier geschichtsmächtiger Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts geworden ist: des Rassismus und Nationalismus. Sie stellen nach Guillaumin "die Konfrontationen der sozialen Klassen als Rassenantagonismen (S.164) dar.

Am Bedeutungskern der rassistischen Vorstellung ändert sich wenig, wenn in der Zwischenzeit nicht so sehr die "somatischen" Kennzeichen, sondern die "sozialen" in den Vordergrund treten. Anders als beim "doktrinären Rassismus" sind beim "schlichten Rassismus der Strasse" das Physische und das Soziale als determinierende Kenn-

zeichen "absolut austauschbar", was das Funktionieren dieser Ideologie angeht. Rassismus ist ein "Synkretismus", d.h. ein Komplex, welcher aus Elementen heterogener Natur und Herkunft besteht und als "Bedeutungsbündel" sich auf symbolischen und konkreten Ebenen manifestiert: als praktisches Verhalten im Alltag, als politisches Projekt und Programm, als juristische Struktur des Staates (Nationalsozialismus, Apartheid) und als praktischer Horizont des Staates, der sich in Wahrnehmungen, Definitionen, Diskriminierungen und Abgrenzungen niederschlägt. Nach Guillaumin ist heute der Begriff "Kultur" dabei, die Trägerrolle "jenes synkretistischen Ganzen" zu übernehmen.

Ist der Rassismus "auch noch ein Universalismus"? Nach *Etienne Balibar* ist Rassismus "universalisiert" worden, eine "effektive Weltanschauung", deren "Denkweise" nicht nur auf einem "Erkenntniswunsch" und auf einer "Wahrnehmung" beruht, sondern eine "Produktionsweise der 'eigenen Gemeinschaft' ist – und zugleich eine Interpretationsweise der sozialen Welt" (S.184). Rassismus heute konstituiert sich als ein "Übernationalismus". Dem aufklärerischen Universalismus wohnt Rassismus inne; dass die Werte der westlichen Zivilisation "universelle" Gültigkeit haben sollen, ist nicht haltbar. "Es ist lächerlich zu meinen, den Rassismus im Namen des allgemeinen Universalismus bekämpfen zu können: der Rassismus ist in ihm schon enthalten. Der Kampf also findet in seinem Inneren statt, um gerade das zu verändern, was wir unter Universalismus selbst verstehen. Aber das bedeutet nicht – was wohl kaum noch betont werden muss –, jeglichen Universalismus aufzugeben, denn das hiesse, kampfflos die Waffen zu strecken." (S.187)

Die Bedeutung des Rassismusbegriffs in der britischen Debatte untersucht *Robert Miles*. Ausgangspunkt seiner Analysen sind "Rassenkonstruktionen", die innereuropäische und ausereuropäische Bevölkerungen thematisieren. Seines Erachtens spielen die

Prozesse der Klassenformation innerhalb der entstehenden europäischen Nationalstaaten eine zentrale Rolle in der Geschichte des Rassismus. Die Konstruktion einer Ideologie der "Zugehörigkeit" seitens der Bourgeoisie war ein Instrument, um die von der Herrschaftsposition Ausgegrenzten "naturalisierend" an ihr beteiligen zu lassen. Miles unterscheidet den "nationalistischen Diskurs" der Ausgrenzung vom "rassistischen Diskurs" der "Marginalisierung innerhalb einer sozialen Formation" (S.211), die ideologisch "alle Rassismen" kennzeichnet. Er sieht Rassismus eng verflochten mit den Strukturen der Klassenherrschaft. "Selbst dort, wo die Folgen einigen ohnehin widersprüchlichen Interessen des Kapitals und des Staates entgegenstehen, werden sie durch kapitalistische Interessen vermittelt. Antirassistische Strategien sollen deshalb bewusst zum Staat und zum Kapital in Beziehung gesetzt werden – und damit zu Struktur und Prozess der Klassenherrschaft, die in vielen unterschiedlichen Formen auftritt." (S.215)

Ausführlich und präzise diskutiert wird aber auch die "Krise des Antirassismus". *Pierre-André Taguieff* nimmt sich das "Vulgärverständnis des linken Antirassismus" vor, ebenso die Formen des Neorassismus in Frankreich. Antirassismus als schlagwortartige Ablehnung jeder Form von Ethnozentrismus kann er nicht teilen, führt dieser doch zu einer naiven Vorstellung von kulturellem Relativismus. Auf diesem aber gründet sich seines Erachtens der neue dokrinäre Rassismus. Da die Positionen eines biologischen Dogmatismus und das Beharren auf der Ungleichheit aufgrund der 'Rassenbeziehungen' wissenschaftlich disqualifiziert sind, haben ja die Neuen Rechten den Begriff 'Rasse' durch denjenigen der 'Kultur' ersetzt (siehe auch H. Siegfried in 'Widerspruch' 21/91).

Einer der interessantesten Beiträge ist zweifelsohne *Frank-Olaf Radtke*s "Lob der Gleich-Gültigkeit. Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus". Es geht um die

Thematisierung der 'Fremden' in den modernen Sozialstaaten in Anbetracht der weltweiten Fluchtbewegungen. Wurde in vorausgegangenen Gesellschaften das konstitutive Innen/Aussen über Religion, Rasse, Volk, Nation reguliert, hat in der Bundesrepublik Deutschland der "Diskurs des Multikulturalismus" verunsichert und zu heftigen Debatten geführt. Getragen wurde er zuerst von denjenigen Institutionen, deren Aufgabe Integration, soziale Kontrolle und Normalisierung sind: also Sozialpolitik, Sozialarbeit, Schulpädagogik. Dieser Diskurs kennt heute verschiedene Spielarten; eine bestimmte "pädagogische Programmatik" ist unverkennbar, ebenso ein Wechsel von Konzepten: weg von der Entfremdungskritik der klassentheoretischen Tradition hin zur Lebenswelt; zur Beschreibung der "sozialen Differenzen", "Lebensstile" als "soziale Normalität". Mit der Entdeckung der Region, des Alltags, der Neubewertung von Religion und Familie sieht Radtke eine "Wiederbelebung des Gemeinschaftskonstrukts" (S.86) eingeleitet, welche sowohl die Sozialpolitik der Vor- und Fürsorge, die "Hilfe für Selbsthilfe" in der "neuen Subsidiarität" als auch den zeitweise romantisch verklärten Rückzug in die "Authentizität der kulturellen Identität" fördert.

Radtke steht diesen Tendenzen sehr skeptisch gegenüber; die Prinzipien der Solidarität werden durch einen "Pluralismus der Herkunft" relativiert, so auch die Strukturen der herrschenden Ungleichheit. "Solange Zugewanderte und Flüchtlinge in dieser Gesellschaft in einem Status minderen Rechts leben müssen, sind sie diskriminierbar und werden überall dort diskriminiert, wo es in der Konkurrenz um Vorteile möglich ist." (S.94) Und Radtke schlussfolgert richtig: "Erst die Gleich-Gültigkeit des Lebensrechts aller Mitglieder der Gesellschaft machte es möglich, bestimmten Differenzen gegenüber gleichgültig zu sein." (S.94)

Lesenswert sind auch die weiteren Beiträge von *Z. Baumann*, *F. Heckmann*, *U. Bielefeld*, *S. Castles*, *J.P.*



Reemtsma, J. Costa-Lascoux und P. Cohen. Und wer bereits zum Weltproblem 'Rassismus' Zugang gefunden hat, wird sich diesen Sammelband nicht

entgehen lassen. Es ist eine Lektüre mit Gewinn und sie ergänzt ausgezeichnet das Widerspruch-Heft 21, 'Neuer Rassismus'.

Bea Schwager

## Weiter Literaturhinweise

Maurer, Renato, 1992: Alles wird gut. Gassenarbeit in der Schweiz 1981-1991. Nachtschattenverlag Solothurn, Bestell. : Infopub, Landoltstr.63, 3007 Bern (100 S., Fr. 29.50)

ZAGJP (Hg.), 1992: ZUGESPITZT. Eine Chronologie. Bestell. : Gassen-/Strassenarbeit ZAGJP, Langstr. 113, 8004 Zürich (ca. 65 S., Fr. 18.-)

Diese Broschüre enthält weit mehr als eine kurze Geschichte der Gassenarbeit in der Schweiz: Sie vermittelt ihre permanente Selbstverständigung, ihre konkrete "Idee der Selbstorganisation" und Vorstellungen einer "assoziierten Gassenarbeit". Und wie Fotos von G. Vogler und R. Lindler eindringlich die Realität des "Lebensraums Gasse" dokumentieren - dieses Konfliktfeld fordert radikale "Präsenz". Gassenarbeit ist immer mehr als "anwaltschaftliche Lobby-Arbeit" für Benachteiligte, Marginalisierte, Menschen auf der Flucht.

Seit Mitte der 80er Jahre ist Gassenarbeit Teil der Drogenarbeit geworden, was GassenarbeiterInnen seither zu einem aufreibenden Abwehrkampf zwingt gegen sozialtechnokratische Verwaltung der "auffälligen" DrogenkonsumentInnen seitens staatlicher Amtsstellen und privater Organisationen, gegen ausgeweitete soziale Kontrolle und Repressionsstrategie. Es sind die Praxiserfahrungen der GassenarbeiterInnen, die dem Kampf um die Wiedergewinnung von urbanem

Wohnraum und Sozialraum zugrundegelegt werden müssen.

Die Dokumentation "ZUGESPITZT" rollt in einer Chronologie der Ereignisse vom Oktober 91 bis März 92 den Gang der Schliessung des Platzspitzes auf. Die Zürcher Stadtregierung hat damit drogenpolitische Tatsachen geschaffen, über deren Entstehung und schwerwiegenden Folgen nachgedacht werden muss. Dokumentiert werden der Widerstand an der Basis gegen die Polizeigewalt, die Vernetzungen mit politisch aktiven Gruppierungen in Zürich (AKW Wohlrot, Quartiergruppen, besetzte Häuser, Kulturszene etc.). Interviews, Flugblätter, Zeitungsartikel und Fotos halten fest, was in der bürgerlichen Presse grösstenteils unterschlagen wurde.

Wacker, A. 1983: Arbeitslosigkeit. Soziale und psychische Folgen. 3.Aufl. Nachw. v. P.Brückner, Frankfurt.

Senft, J. 1990: Im Prinzip von unten. Redefinition des Subsidiaritätsgrundsatzes f. ein solidarisches Ethos. Lang Verl. Frankfurt, Bern.

Pankoke, E. 1990: Die Arbeitsfrage. Arbeitsmoral, Beschäftigungskrisen und Wohlfahrtspolitik. Frankfurt.

Vobruba, G. (Hg.) 1990: Strukturwandel der Sozialpolitik. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und soziale Grundsicherung. Frankfurt.

Ders. 1991: Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transfor-

- mation von Gesellschaftssystemen. Frankfurt
- D'Epinay, Ch.L.* 1991: Die Schweizer und ihre Arbeit. Fachverlag Zürich.
- '*Widersprüche*' 1991: Soziale Politik in der EG. Heft 39. Armut: kein Thema? Heft 41. Pf. 102062, D-6050 Offenbach.
- Süss, W./ Trojan, A. (Hg.)* 1992: Armut in Hamburg. Soziale und gesundheitliche Risiken. VSA Hamburg.
- Soziale Medizin (Hg.)* 1991: Frau und Gesundheit. Dokumentation der Referate der Tagung v. November 1990. Pf. 4007 Basel.
- Eckart, C.* 1990: Der Preis der Zeit. Eine Untersuchung der Interessen von Frauen an Teilzeitarbeit. Frankfurt/New York.
- Haug, W.F.* 1986: Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus. Argument Sonderband 80, Hamburg
- Kaupen-Haas, H. (Hg.)* 1986: Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik. Nördlingen.
- Götz, A., Heim, S.* 1991: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Erscheint neu in Fischer Tb. Frankfurt.
- Heilmer, J. (Hg.)*, 1991: Gen-Ideologie. Biologie und Biologismus in den Sozialwissenschaften. Argument Sonderband 175, Hamburg.
- Sierck, U.* 1992: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Konkret Literatur Verl. Hamburg.
- Pinn, I., Nebelung, M.* 1992: Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. DISS-Texte Nr. 17, 2.Aufl. Inst. f. Sprach- und Sozialforschung, Real-schulstr. 51, D- 4100 Duisburg 1.
- Melber, H.* 1992: Der Weissheit letzter Schluss. Rassismus und kolonialer Blick. Brandes & Apsel, Frankfurt.
- Inst. f. Migrations- u. Rassismusforschung (Hg.)* 1992: Rassismus und Migration. Kongress-Beiträge. Red. A.Kalpaka, N. Rähzel. Argument Sonderband 201. Hamburg.
- Reemtsma, J.Ph. (Hg.)* 1991: Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels. Junius Hamburg.
- Blum, E.M. (Hg.)* 1991: Herrschaft, Anpassung, Widerstand. G. Parin-Matthey u. P. Parin gewidmet. Ethnopschoanalyse 2; Bibliographie. Brandes & Apsel, Frankfurt.
- Besikçi, I.* 1991: Kurdistan. Internationale Kolonie. isp Verl. Frankfurt.
- Rössel, K.* 1991: Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne. Westsahara: der vergessene Kampf für die Freiheit. Horlemann Bad Honnef.
- Duchrow, U.* 1991: Europa im Weltsystem 1492-1992. Gibt es einen Weg der Gerechtigkeit nach 500 Jahren Raub, Unterdrückung und Geldver(m)ehrung ? Kirche Mathildenstr. 86 D-2800 Bremen 1.
- Strahm, R.H.* 1992: Europa Entscheid. Grundwissen f. Bürgerinnen und Bürger. Werd Verl. Zürich.
- Cramon Daiber, B. (Hg.)* 1992 : Die sozialen Konsequenzen des Binnenmarktes 1992. Binnenmarkt und soziale Marginalisierung. Bericht des Europ. Parlaments. Scheide-mannstr. 2, D-1000 Berlin 21.
- AG Strukturanpassung v. Frauen (Hg.)* 1992: 1992 - Von der Vernicht(s)-ung der Frauen zur Wirtschaftspolitik und -theorie von IWF und Weltbank. rotpunkt Verl. Zürich.
- Unrast Kollektiv (Hg.)* 1992: Europa 1993. Der grosse Zauber. Streitschrift. Unrast Verl. Querstr. 2, D-4400 Münster.